Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 24 (1967)

Heft: 1

Artikel: Internationaler Dokumentationsaustausch für Landesplanung und Wohnungswesen

Autor: Chappex, A. / Schraner, R.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-782783

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Internationaler Dokumentationsaustausch für Landesplanung und Wohnungswesen

Von A. Chappex, lic. rer. pol., Schweizerische Vereinigung für Landesplanung, und
R. Schraner, lic. rer. pol., Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH, Zürich

1. *Ausgangslage*

Notwendigkeit und Wert guter Dokumentation auf allen Gebieten der Wissenschaft und Praxis sind bekannt. Doch fehlt es noch immer an den entsprechenden Organisationen. Insbesondere ist der internationale Austausch von Forschungsergebnissen nach wie vor mangelhaft. Diese Feststellung gilt auch für sämtliche Gebiete der Landes- oder Raumplanung, des Städte- und Wohnungswesens und aller der damit zusammenhängenden Forschungsbereiche. Die Erkenntnis dieser Tatsache führte in der Schweiz zur Einrichtung einer eigenen «Dokumentations- und Informationsstelle für Planungsfragen» am Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH in Zürich. Auch in anderen Ländern trug man diesen Bedürfnissen Rechnung. Die entsprechenden Stellen können aber meist nur auf nationalem Gebiet tätig sein. Daneben werden noch von vielen privaten Institutionen ähnliche Stellen unterhalten. Dass es dabei zu Doppelspurigkeiten und unübersichtlichen Verhältnissen kommt, ist nicht zu vermeiden. Besonders störend musste der Mangel an Information und Dokumentation für die Arbeit der internationalen Organisationen werden, die ihrerseits Mittel und Wege suchen, um ihn zu beseitigen. Es machte sich also auch international ein drängendes Bedürfnis nach Austausch von Unterlagen, Informationen und Dokumenten geltend. Dabei verschärft sich hier das Problem durch die verschiedenen Sprachen und Begriffe, die unterschiedliche Interpretation gleichlautender Begriffe wie auch durch unterschiedlichen Aufbau der Unterlagen. Das Bedürfnis nach Vereinheitlichung von Sprache und Begriffen für dieselben Forschungsgebiete, nach formeller Vereinheitlichung der dokumentarischen Unterlagen zur allgemeinen Auswertung und zur Erweiterung der Information und der Kenntnisse über Forschungsprojekte und -arbeiten wird daher immer grösser.

2. *Eine Initiative des SMUH (Secrétariat des missions d'urbanisme et d'habitat)*

Die Erkenntnis dieser mangelhaften Situation und die Dringlichkeit ihrer Verbesserung führte das « Secrétariat des missions d'urbanisme et d'habitat » (SMUH) in Paris im Verlauf des Sommers 1966 dazu, die Initiative zu ihrer Behebung zu ergreifen. Das SMUH ist eine halbamtliche Stelle, an der sich sowohl der französische Staat als auch viele französische Forschungsinstitute und -unternehmungen beteiligen, und die für die Beteiligten die Aufgaben der Dokumentation und Information zu lösen hat. Als erstes liess das SMUH durch einen Mitarbeiter in verschiedenen Ländern Europas das Interesse an einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Dokumentation über Fragen des Städte- und Wohnungswesens, der Raumforschung und Raumplanung, abklären. Diese Nachforschungen liessen ein reges Interesse an einem internationalen Dokumentationsaustausch erkennen, so dass diese französische Stelle einen Vorschlag für die internationale Zusammenarbeit auszuarbeiten begann. Sie ging dabei von einer bestimmten Funktionsvorstellung aus und stellte als eine der Grundbedingungen die Forderung nach einer vollautomatischen Bearbeitung von bestimmten, vereinheitlichten Datenträgern als Dokumenten- und Informationsnachweise. Diese Grundelemente sollten allen Interessierten in den entsprechenden Sprachen zur Verfügung gestellt werden, was ein Erfassen einer Arbeit an ihrem Entstehungsort (= Land) und deren Auswertung in einer zentralen Stelle bedingt. Im Herbst trat das SMUH bereits mit einem systematischen Funktionsvorschlag an die daran Interessierten Länder und internationalen Organisationen heran und lud gleichzeitig zu einer Tagung nach Paris ein, um diese schriftlich formulierten Vorschläge zu diskutieren.

3. *Die Vorschläge des SMUH*

Pool: Das SMUH regte anfänglich an, einen «Pool», also eine lockere Interessengemeinschaft auf Grund einer Art vertraglicher Abmachung für Dokumentationsaustausch und -zusammenarbeit zu bilden. Der Grundgedanke war, dass man sich nicht mit dem ersten Kreis der Informationsbildung, das heisst mit der Erstellung von Büchern, Berichten, Forschungsarbeiten usw. zu befassen habe, sondern erst mit dem zweiten Kreis, den «Sekundärinformationen». Unter der Sekundärinformation wird der Nachweis über eine «Primärinformation» auf einem Datenträger, der leicht gespeichert werden kann und eine einfache Nachforschung, Auswahl und Zusammenstellung erlaubt, verstanden. Für einen internationalen Austausch und eine Zusammenarbeit für Informationen und Dokumentation bedingt dies nach Ansicht des SMUH eine gewisse hierarchische Gliederung von Stellen und Organen, um eine befriedigende Funktion eines solchen internationalen Nachweissystems zu garantieren. Daher muss sich auch zwischen den sich dafür interessierenden Stellen ein relativ enger Zusammenschluss ergeben, und die in dieser Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen Organisationen sollten verpflichtend für ihre Länder sprechen können.

Nationale Zentralstellen und Kontaktnetze: Als erste funktionale Einrichtung ist daher innerhalb

jedes beteiligten Landes durch eine zentrale Stelle ein Netz von Kontakten aufzuziehen, das die Erfassung der Primärinformationen durch diese zentrale Stelle erlaubt und es ihr ermöglicht, die Sekundärinformationen darüber bereitzustellen. Diese Sekundärinformationen müssen nach einheitlichen Masstäben auf normalisierte Datenblätter übertragen werden, damit sie den Interessenten in den anderen Ländern via deren Zentralstellen zur Verfügung gestellt werden können. Dank der Normalisierung der Datenblätter und der sprachlich wie formal einheitlichen Darstellung wären diese Informationen in allen Ländern direkt verwendbar. Der gegenseitige direkte Kontakt der nationalen Zentralstellen untereinander könnte einen sehr einfachen und raschen Austausch von Informationen ermöglichen.

Ständiges Sekretariat: Diese Normalisierung benötigt aber wesentliche Vorarbeiten. Besonders die Vereinheitlichung der Sprache, die Begriffsbestimmung und die Kodifizierung für automatische Auswertung setzen noch wesentliche Vor- und Forschungsarbeiten voraus. Die Uebersetzung der Datenblätter in die verschiedenen offiziellen Sprachen, die internationale Kontaktvermittlung und gemeinsame Aussprachen verlangen weiter ein ständiges Sekretariat, das sich mit der Verteilung der Arbeiten und der Vorbereitung und Durchführung dieser Aufgaben zu befassen hätte. Ein solches wäre somit die zweite zu schaffende Einrichtung.

Leitender Ausschuss, Arbeitsgruppenleiter: Die durchzuführenden Forschungsarbeiten müssten von dafür verantwortlichen Leitern betreut werden. Diese müssten die Sammlung, Sichtung und Begutachtung der von den nationalen Stellen gelieferten Unterlagen in die Wege leiten und hätten die Verantwortung für die Durchführung und den rechtzeitigen Abschluss der Forschungsarbeiten zu tragen. Sie würden von Ländern, die sich aktiv an den Arbeiten beteiligen, gestellt. Die Arbeitsgruppenleiter hätten somit je eine der vorgeschlagenen Forschungsarbeiten zu betreuen.

Um Entscheide für die Art und die Verteilung der Arbeiten fällen zu können, wie auch um neue Arbeiten aufzunehmen und die Zusammenarbeit zu kontrollieren und zu koordinieren, würde ein leitender Ausschuss geschaffen, dem nebst den Arbeitsgruppenleitern Vertreter jener internationalen Organisationen, die sich mit den Problemen der Entwicklung, Planung, des Städte- und Wohnungswesens und der Verstädterung befassen, angehören sollten. Das ständige Sekretariat hätte diesem leitenden Ausschuss die Arbeit und Funktionsfähigkeit zu ermöglichen.

Forschungsprojekte: Als Forschungsprojekte werden vorgeschlagen:

— Ein Inventar der Stellen, die sich mit der Dokumentation befassen sowie der Arbeitsgebiete, über die sie Informationen liefern können;
— einheitliche Datenträger für die Sekundärinformationen;
— Spezialwörterbuch (glossaire), das erlauben würde, die Datenträger nach einheitlichen Gesichtspunkten in den verschiedenen offiziellen Sprachen zu benützen;
— Kodifizierung dieses Wörterbuches, um die Informationen ohne Rücksicht auf Sprachunterschiede aus den verschiedenen Sprachen automatisch auswerten zu können;
— Auswertung der Sekundärinformationen an sich. Dies müsste ohne weitere Zwischenbearbeitung direkt nach der Erstellung der Datenträger für alle Interessenten möglich sein. Für Versuche und funktionale Untersuchungen würde schon eine teilweise Verwirklichung der Interessengemeinschaft genügen;
— Netz der Zusammenarbeit. Es sollten gewisse Regeln aufgestellt werden für die Aufteilung der Arbeiten sowie deren Durchführung, damit aus der aufgeteilten Erledigung der dringenden Projekte eine echte Zusammenarbeit und nicht neue Schwierigkeiten entstehen;
— automatische Auswertung der Datenträger. Als Endziel wird vorgesehen, die Datenträger mit bestehenden elektronischen Anlagen automatisch zu verarbeiten. Damit könnte nicht von allem Anfang an gerechnet werden, doch soll der ganze Aufbau der Zusammenarbeit in Berücksichtigung dieser Möglichkeiten durchgeführt werden.

Informationsaustausch: In der Erkenntnis, dass diese Forschungsarbeiten noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, wird vorgeschlagen, dass so rasch wie möglich ein internationaler Austausch von Informationen zwischen den jetzt bestehenden nationalen Stellen in der Form, wie diese Informationen zurzeit bei diesen Stellen bestehen, aufgezogen wird. Damit soll die wichtigste und aktuellste Forderung erfüllt werden: Das Oeffnen eines Zuganges zu den nationalen bestehenden Sekundärinformationen.

Finanzierung: Die Finanzierung dieser Interessengemeinschaft müsste nach einem möglichst einfachen System gelöst werden. Dass hier noch wesentliche und schwierige Diskussionspunkte bleiben, wurde nicht verkannt.

4. Die Tagung vom 8. bis 10. Dezember in Paris

Zur Diskussion der Initiative und dieser Vorschläge des SMUH lud das französische « Ministère de l'équipement » die zuständigen internationalen Organisationen und die sich dafür interessierenden Länder und deren Organisationen an eine Tagung im Unesco-Zentrum in Paris ein. Der Einladung folgten zwölf internationale Organisationen und 30 Organisationen aus 19 Ländern. Die rege Diskussion zeigte bald, dass Form, Funktion und Arbeitsprogramm noch nicht zu befriedigen vermochten. Daneben liess sich auch bald erkennen, dass die wenigsten der anwesenden Tagungsteilnehmer stellvertretend für ihr Land, ja nicht einmal für ihre Organisation, sprechen konnten und kaum Kompetenzen dafür vorhanden

waren, dass sich irgendein Land oder eine Organisation zur Uebernahme einer der vorgeschlagenen Forschungsarbeiten oder finanziellen Beiträge verpflichten konnte.

Dennoch liess sich ein grosses Interesse an den angeregten Forschungsarbeiten und ein brennender Mangel an Informationen über die in Frage stehenden Bereiche und in den einzelnen Ländern durchgeführten Arbeiten zu den Problemen der Stadtentwicklung, des Wohnungswesens, der Landesplanung und der Bevölkerungsentwicklung feststellen. Um der Behebung dieser Mängel einen Schritt näherzukommen, entschlossen sich die Tagungsteilnehmer aber doch zur Formulierung einer gemeinsamen Schlusserklärung, die praktisch eine Wirkung und damit einen besseren Erfolg haben dürfte, als dies im ersten Moment erscheinen mag.

Besonders wichtig scheint uns die Tatsache zu sein, dass sich die französische Zentralstelle bereit erklärte, das ständige Sekretariat auf eigene Lasten zu übernehmen. Sie bewies damit die Ernsthaftigkeit ihrer Vorschläge und die Bereitschaft, aus ihrer Initiative auch die Konsequenzen zu ziehen und ermuntert damit andere Länder, mitzuhelfen an der Lösung eines als dringlich erkannten Problems.

Gleichzeitig wurde die Bezeichnung «Pool» (Interessengemeinschaft), die immerhin eine gewisse offizielle Erklärung der Zugehörigkeit erzwang und einer rechtlichen Form rief, fallengelassen und die weniger «verpflichtende» Formulierung «Internationale Gruppe» gewählt. Die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe ist absolut frei und jedermann zugänglich ohne jeden offiziellen Charakter, und so einfach wie die Bezeichnung war ihre Bildung: Die Teilnehmer an dieser Tagung, die dies als wünschenswert erachten und die sich alle mit den Problemen der internationalen Zusammenarbeit und Forschung auf dem Gebiete der Dokumentation über Städte- und Wohnungswesen befassen und sich für deren Lösung interessieren, bilden heute die «Internationale Gruppe für Zusammenarbeit und Forschung» (IGZAF). Die Zugehörigkeit ist persönlich und hat keinerlei Verpflichtung für die Organisation oder das Land, dem der Teilnehmer angehört; irgendwelche Arbeitsresultate kommen aber diesen zugute. Finanzielle Konsequenzen ergaben sich vorläufig nur für die französische Zentralstelle, indem sie die Unkosten des ständigen Sekretariates zu tragen hat. Der Zutritt zur Gruppe ist jederzeit offen und frei, ein Austritt selbstverständlich ebenfalls. Eine Rechtsform kennt sie (noch) nicht.

5. *Die Resultate dieser Tagung*

Als eigentliches Resultat dieser Tagung kann vorerst die Bildung der «Internationalen Gruppe für Zusammenarbeit und Forschung» (IGZAF) bezeichnet werden mit der persönlichen Bereitschaft der Teilnehmer, an der Lösung der internationalen Dokumentationsprobleme mitzuarbeiten. Allein der Kontakt mit einer Vielzahl von Organisationen und Persönlichkeiten mit Kenntnis der gegenseitigen möglichen Hilfe und Zusammenarbeit darf als sehr wertvoll bezeichnet werden. Daneben konnte die Möglichkeit der Weiterarbeit auf dem zur Diskussion stehenden Gebiet bejaht und ein sofort beginnender Austausch von Informationen festgelegt werden, der bestimmt eine wesentliche Hilfe sein wird, auch wenn er formal noch nicht zu befriedigen vermag. Die von den Teilnehmern ausgearbeitete und gemeinsam gutgeheissene Schlusserklärung vom 10. Dezember 1966 trägt folgenden Wortlaut:

Empfehlungen und Entschlüsse

Die Tagungsteilnehmer der (in der Beilage aufgeführten) [1] zwölf internationalen Organisationen und der 30 Organisationen aus 19 Ländern, die sich vom 8. bis 10. Dezember 1966 im Unesco-Zentrum von Paris zusammengefunden haben, sind

— unter Berücksichtigung der aktuell mangelhaften Organisation der Dokumentation und in Anbetracht der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Bedürfnisse auf dem Gebiete der Landesplanung und des Wohnungswesens, und
— unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Verwirklichung des Beschlusses der Uno zur Gründung eines Dokumentationsinstitutes für Bauen, Wohnen und Planen in New Delhi nicht vor zwei Jahren erfolgen wird,

der Auffassung, dass es wünschenswert wäre, ihre Anstrengungen für eine methodologische und terminologische Forschung unter der vorläufigen Bezeichnung «Internationale Gruppe für Zusammenarbeit und Forschung» (IGZAF) zu vereinigen, um eine Normalisierung der Dokumentationsnachweise zu erreichen, die ihren Austausch und ihre Auswertung ermöglicht, um so zentralen Informationsstellen die Erfüllung ihrer Aufgabe gegenüber den Benützern auf Grund einer allumfassenden Kenntnis der Unterlagen zu erlauben.

Aus dieser Erkenntnis geben sie, soweit sie sich dazu ermächtigt fühlen und äussern können, den folgenden Empfehlungen und Entschlüssen Ausdruck:

1. Empfehlung:

1.1 Um die Zusammenarbeit in diesen Bestrebungen zwischen den internationalen Organisationen und den Institutionen der verschiedenen Länder besser sicherzustellen, empfehlen die Tagungsteilnehmer, ihre Anstrengungen auf nationaler Ebene der Bestätigung, Bezeichnung oder Gründung einer nationalen Zentralstelle als einziger Quelle zur Verteilung dokumentarischer Informationen aus dem nationalen Bereich zu widmen. Um dieses Ziel zu erreichen, schliessen die Tagungsteilneh-

[1] Diese Beilage als Teilnehmerliste wird hier weggelassen, sie liegt in der Dokumentationsstelle des ORL-Institutes auf.

mer die Idee der technischen Hilfe zwischen den Ländern oder von einem ständigen Sekretariat an ein bestimmtes Land nicht aus.

1.2 Indem sie der einstimmigen Erkenntnis, dass sich dieses Forschungsprojekt und jenes der Gründung eines Dokumentationsinstitutes der Uno in New Delhi (in natürlicher, funktionaler und verfahrensmässiger Hinsicht) ergänzen müssen, Rechnung tragen, empfehlen die Tagungsteilnehmer, dass die von der Uno beauftragte Expertengruppe unverzüglich in enge Verbindung mit der IGZAF tritt und dass, auf lange Sicht, dieses Institut, wenn es einmal besteht, die Möglichkeit prüfen sollte, diese Gruppe als Sachverständige oder Berater beizuziehen.

2. Empfehlung:

In Berücksichtigung der Notwendigkeit der Organisation dieser IGZAF empfehlen die Tagungsteilnehmer:

2.1 folgende drei Strukturelemente zu schaffen:

2.11 Benützung der nationalen und internationalen (bestehenden) Einrichtungen, die dieser Gruppe angehören, um die Forschungsprojekte aufzunehmen [2];

2.12 Gründung eines leitenden Ausschusses, bestehend einesteils aus den für die Forschung beauftragten Projektleitern, andernteils aus Vertretern der internationalen Organisationen, die sich mit Raumplanung und Wohnungswesen befassen;

2.13 Gründung eines ständigen Sekretariates. Dieses würde von der französischen Organisation gestellt und getragen.

2.2 die Finanzierung dieser Organisation auf folgende Weise sicherzustellen:

2.21 *kurzfristig:* Uebernahme der Studien durch nationale oder internationale Organisationen, die (auch finanziell) dafür verantwortlich wären, oder durch Beiträge der Mitglieder der IGZAF, deren Ausgestaltung noch anderweitig besprochen werden müsste;
Uebernahme der Versammlung des leitenden Ausschusses und des ständigen Sekretariates durch die französische Zentralstelle.

2.22 *langfristig:* Gesuche für eine nach Form und Höhe unterschiedliche internationale oder nationale, öffentliche oder private, finanzielle Beteiligung je nach der gewählten Funktionsart des Netzes und je nach den Funktionsbedingungen des durch die Uno in New Delhi geplanten Institutes.

[2] Als Forschungsprojekte werden bezeichnet: Modell der Dokumentationsnachweise für Sekundärinformationen; Wörterbuch; Verteilernetz; Kodifizierung; automatische Verarbeitung; Auswertung.

Für die sofortige Verwirklichung dieser Empfehlungen fassen die Tagungsteilnehmer die folgenden Entschlüsse:

1. Entschluss:

Sie beschliessen, als sofortige Zielsetzung ihrer Zusammenarbeit auszuwählen:

— Aufstellen eines vollständigen und analytischen Verzeichnisses der auf den vorgesehenen Forschungsgebieten tätigen Stellen;
— Entwicklung des Austausches dokumentarischer Informationen in ihrer derzeitigen Art;
— Abgrenzung der Arbeits- und Diskussionsbegriffe «Raumplanung» und «Wohnungswesen»;
— Beginn einer Studie über das Projekt für ein mehrsprachiges Wörterbuch, wobei den unter der Leitung der «Internationalen Architekten-Vereinigung» und dem «Internationalen Bund für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung» bereits geleisteten wichtigen Arbeiten Rechnung getragen wird und unter gleichzeitiger Abstimmung dieser Arbeiten mit der Erstellung einer Liste von Begriffen und eines detaillierten Datenträgers (Karte, Blatt, Formular);
— Festlegung eines ersten Entwurfes eines solchen vereinheitlichten Datenträgers.

2. Entschluss:

Sie beauftragen das ständige Sekretariat:

— mit der Abfassung des Protokolls der gegenwärtigen Sitzung und mit dessen möglichst breiten Verteilung;
— mit den ersten Massnahmen, um die oben erwähnten Sofortaufgaben in Angriff zu nehmen, insbesondere mit den Verhandlungen um die Uebernahme der Wörterbuchstudie durch eine nationale oder internationale Organisation;
— mit der Sicherstellung der Gründung des leitenden Ausschusses.

Sie beauftragen diesen leitenden Ausschuss:

— eine Vollversammlung der IGZAF einzuberufen, um einen Rechenschaftsbericht abzulegen, sobald die ersten Ergebnisse der Forschungsarbeit eine solche rechtfertigen werden;
— sein möglichstes zu tun, um die Anzahl der Mitglieder der IGZAF rasch zu erhöhen.

3. Entschluss:

3.1 Sie verpflichten sich, ihre Anstrengungen der oben angeführten Empfehlung, insbesondere die Schaffung ihres nationalen Netzes, zu widmen.

3.2 Sie verpflichten sich, soweit es sie betrifft, die Verwirklichung des ersten Entschlusses zu erleichtern mit dem Ziel, die festgelegten Sofortaufgaben so rasch wie möglich durchzuführen.

4. *Entschluss:*

Die Tagungsteilnehmer danken dem Secrétariat des missions d'urbanisme et d'habitat (SMUH) für die Initiative zu diesem Forschungsprogramm und für die dadurch ermöglichte Bildung der «Internationalen Gruppe für Zusammenarbeit und Forschung».

*

Diese Schlusserklärung bedarf nach dem bereits Gesagten nur noch eines kurzen Kommentars: Die enthaltenen Verpflichtungen sind rein persönlich und haben vorläufig noch keine weiteren finanziellen Konsequenzen. Sie sind unserer Ansicht nach die logisch selbstverständliche Folgerung aus der Erkenntnis der Notwendigkeit und Wichtigkeit einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete gegenseitiger Dokumentation.

Für die meisten Länder wird die Errichtung einer zentralen Stelle, die die internationalen Kontakte pflegt, eine wichtige Voraussetzung sein. Da diese zentrale Dokumentationsstelle auch eigenen Aufgaben dient und der internationale Dokumentationsaustausch nur eine Teil- und Nebenaufgabe bleibt, ist ihre Finanzierung rein national zu lösen. Die Schweiz besitzt in der «Dokumentations- und Informationsstelle für Planungsfragen» am ORL-Institut der ETH eine solche Stelle; wird diese vermehrt benützt und von weiteren schweizerischen Organisationen als für die Belange der Dokumentation und Information in den genannten Forschungsgebieten auf internationaler Basis zuständig erklärt, dürfte ihre Arbeit wesentlich wirkungsvoller werden. Dass sich ihr Leiter um eine enge Kontaktnahme mit den schweizerischen Stellen bemüht, ist ein selbstverständlicher Arbeitsauftrag. Die Bildung des «nationalen Netzes» ist daher eine Pflicht, die bereits vor der Formulierung durch die IGZAF-Tagung bestand.

Diese Dokumentationsstelle bedient bereits gegen 250 Kontaktstellen im In- und Ausland mit regelmässigen Informationen. Sie kann also dem «Sofortprogramm» damit entsprechen, dass sie verschiedene neue Adressen in die Versandliste aufnimmt. Wesentliche Mehrkosten erwachsen daraus nicht.

Die Verschiedenheit der bisher bekannten und benutzten Datenträger wurde schon auf nationalem Gebiet als Mangel empfunden. Ihre Vereinheitlichung wäre daher zu begrüssen und wird den bestehenden Dokumentationsstellen die Arbeit erleichtern, ohne dass deshalb ihr Betrieb grössere finanzielle Aufwendungen benötigen würde. Bestrebungen zu solchen Vereinheitlichungen sind schon anderweitig im Gange, wir erinnern hier an die «internationale Dokumentation für Strassenverkehr». Auch die «internationale Dezimalklassifikation» dient diesem Ziel.

Sollten weitere Aufgaben in Angriff genommen werden, die den Rahmen finanziell möglicher Beteiligung sprengen würde, müsste über Zugehörigkeit und Mitarbeit mit der IGZAF neu diskutiert werden. Wir erachten es deshalb als wünschenswert, dass der Arbeit dieser Gruppe Erfolg beschieden sei und dass eine weitere Mitarbeit der Schweiz über die genannte Dokumentationsstelle gesichert ist.

MITTEILUNGEN · COMMUNICATIONS

Mitteilungen VLP

In den letzten Mitteilungen haben wir die Liste der neuen Vorstands- und Ausschussmitglieder veröffentlicht. In der Zwischenzeit ist, wie an der Mitgliederversammlung provisorisch vorgesehen wurde, der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat H. Leuenberger, Zürich, neu in den Vorstand und Ausschuss eingetreten. Wir heissen auch ihn in diesen Organen willkommen.

Die Geschäftsleitung trat am 26. August 1966 zu einer Sitzung zusammen. Sie nahm dabei u. a. zustimmend Kenntnis von der Erstattung eines Gutachtens des Zentralsekretariates über den Anschluss der Glarner Zubringerstrasse an die Autobahn Zürich—Chur und die damit zusammenhängenden Probleme der Regionalplanung im unteren Glarnerland. Die Geschäftsleitung genehmigte die Vernehmlassung der VLP zum Entwurf eines langfristigen Programmes für den Nationalstrassenbau. Im weiteren wurden Vorlagen des Zentralsekretariates für einen Brief zugunsten einer Intensivierung des Landschaftsschutzes und für eine Broschüre über Beiträge und Gebühren an Strassen, Kanalisationen und Wasserversorgungen zuhanden des Ausschusses verabschiedet. Es wurde vorgesehen, im April oder Mai 1967 eine Reise nach Süddeutschland durchzuführen, an der alle Mitglieder teilnehmen können. Eingehend besprochen wurden Einzelheiten der Tagung vom 27./28. Oktober 1966 in Bern. Nicht ganz ohne Zusammenhang mit dieser Tagung steht das Programm der zukünftigen Aufgaben der VLP, das allerdings noch nicht zu Ende beraten werden konnte. Die Geschäftsleitung bestimmte schliesslich noch den Inhalt des Briefes, in welchem dem Bundesrat in Erfüllung des Auftrages der Mitgliederversammlung die Stellungnahme unserer Vereinigung zu den Fragen des Bodenrechtes dargelegt wurde.

Die Tagung in Bern wird von der Hochbaudirektion der Stadt Bern gemeinsam mit unserem Zentralsekretariat vorbereitet. Sie beansprucht einen Teil des Personals des Zentralsekretariates stark. Glücklicherweise darf erwartet werden, dass die Tagung gut besucht wird, haben sich doch bis heute schon mehr als 300 Personen angemeldet. Viel Zeit nahm auch die Mitarbeit am Film über Ortsplanung in Anspruch. Der Produzent des Filmes, Dr. H. Zickendraht, Zollikon, und der Berichterstatter bereisten mehrere Tage verschiedene Gebiete der Schweiz, damit Aufnahmen aus verschiedenen Landesteilen gezeigt werden können. Wir stiessen dabei vielfach auf die Schwierigkeiten, dass wesentliche Belange bildlich nicht darstellbar sind. Aber das, was wir gesehen haben, hat auf uns einen grossen Eindruck gemacht. Wer noch nicht an die Notwendigkeit der Landes-, Regional- und Ortsplanung glauben sollte, müsste endlich einsehen, dass es so mancherorts nicht weitergehen kann, ohne dass der Einzelne und die Allgemeinheit nicht mehr gutzumachende Schäden erleiden.